

Politiker- Spiegel

Eine Collage

Manfried Welan, Wien

Fassung 17.03.2015

Vorwort:

Der 1864 geborene, 1920 gestorbene Max Weber ist der berühmteste deutsche Sozialwissenschaftler und noch viel mehr. Sein Vortrag „Politik als Beruf“ (1919) ist eine spannende Anleitung zum Beruf der Politik. Er wird zwar mehr zitiert als gelesen, aber er wurde ein Klassiker. Ich habe ihn als akademischer Lehrer und praktizierender Politiker immer wieder herangezogen. Schließlich habe ich meine Collage „Politik“ locker auf Webers Vortrag vom 28. Januar 1919 aufgebaut und durch persönliche Betrachtungen und Bemerkungen zur Politik in Österreich ergänzt.

Manfried Welan

Inhaltsverzeichnis:

1. Politik: Kampf um Macht und Ordnung. Gemeinwohlsuche, abwägen, verhandeln und entscheiden

Who gets What, When, Where and How?

2. Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß

3. Politik als Technik und Ethik, wo lernt man sie?

4. Politik - ein freier Beruf?

5. Warum geht jemand überhaupt in die Politik?

6. Politikertypen und -eigenschaften

7. In der Partei – in der Politik

8. Politikfelder und Privatleben

9. Zeitdilemma und Informationsbeschaffung

10. Mediendemokratie – „Instant Democracy“

11. Starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich

1. Politik: Kampf um Macht und Ordnung. Gemeinwohlsuche, abwägen, verhandeln und entscheiden. Who gets What, When, Where and How?

Politik ist gesellschaftliches Handeln. Es geht um Macht, Durchsetzung von Interessen und Ideen.

Im Staat soll sie in erster Linie Ruhe, Ordnung und Sicherheit herstellen, in zweiter Linie ein gutes Zusammenleben. Der Politikdenker Dolf Sternberger stellte fest: "Der Staat, wenn er als Gemeinwesen glückt, ist der Ort verwirklichten Friedens."

Im demokratischen Rechtsstaat ist der Kampf um die staatliche Macht zu einem Teil geregelt, insbesondere durch Wahlen, Gesetzgebung, die Ämterordnung, zum Teil ungeregelt. Rechtliche Spielregeln wie Verfassungen legen Rahmen und Schranken der Politik fest, lassen aber vieles offen und bieten Anregungen und Herausforderungen. Neben formellen Spielregeln gibt es informelle wie Konventionen, Bräuche, Gewohnheiten. Dieses "Teils Geregelt, Teils Ungeregelt" macht Politik, die noch dazu voller Zufälle ist, spannender und verantwortungsvoller als andere Tätigkeiten.

Die Staatsmacht wird durch Recht begründet und begrenzt, das vom Volk ausgeht und ist einer ständigen Kontrolle unterworfen, den Amtsträgern ist aber mehr Freiheit für ihr Entscheiden und Handeln gegeben, als sie meist wahrnehmen.

Nach einem geistreichen Wort des Geschichtsphilosophen Oswald Spengler ist Staat die Geschichte als stillstehend, Geschichte der Staat als fließend gedacht. Freilich fließt heute mehr und anderes als der Staat im alten Sinn. In der EU sind es 28 Staaten und die EU selbst mit ihren Organen und Teilen. Sie ist ein neuer Staat, auch wenn sie so nicht wahrgenommen und bezeichnet wird. Seit dem Beitritt zur EU 1995 lautet

die nicht wirklich diskutierte Frage: Sind wir noch ein Staat, sind wir schon ein Staat?

Ja, aber kann die doppelte Antwort lauten.

Ist nicht die ganze Welt mit ihren rund 200 Staaten und tausenden von Organisationen ein Universalstaat im Fluss? Das Gesamt der organisierten Welt ist der "Universalstaat" von heute und die Politik von heute. Politik fließt wie die Zeit weiter und weiter und wird Geschichte. Nur ein kleiner Teil davon gerinnt und erstarrt zu Recht.

Politik ist ein diskontinuierliches Kontinuum. Man kann sie nicht „wirklich“ definieren. Trotzdem wird es immer wieder versucht. Die englische Sprache ist hier praktischer als die deutsche:

So sind die englischen Ausdrücke polity für Institutionen (Verfassung), politics für verhandeln und entscheiden und policy für Ziele (Programme) zweckmäßig. Sie wurden geschickt zusammengefasst: Politik ist danach die Verwirklichung von policy mithilfe von politics auf der Grundlage von polity.

Harold Dwight Lasswell, ein amerikanischer Politologe, prägte 1935 den Satz: „Politics is Who gets What, When, Where and How.“ Lasswells Formel 1948: „Who (says) What (to) Whom (in) Which Channel (with) What Effect.“

Nach dem britischen politischen Philosophen Michael Oakeshott ist Politik „an activity of amendment“. Oakeshott war ein konservativer Denker, welcher der Politik Geschichtswissen und -bewusstsein abverlangte, damit sie sich um die institutionellen Vorkehrungen eines Gemeinwesens

kümmere: Politik soll sich um das Vorhandene Sorgen machen. Sie habe viel mit der Tätigkeit eines Gärtners im Garten zu tun.

Als Lehrer habe ich die drei "I": Interessen, Ideen und Interaktionen im Sinne Max Webers ins Zentrum gestellt. Die "Individuen", das vierte "I" fügte ich dazu.

2. Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß

Am 28. Januar 1919 hielt der deutsche Soziologe Max Weber den berühmtesten Vortrag in der Geschichte des politischen Denkens: „Politik als Beruf“. ¹⁾ In diesem Vortrag verstand er unter Politik die Leitung oder die Beeinflussung der Leitung eines Staates, nicht private Politiken. Unter „Politiker“ meinte er nicht jeden Politiker, sondern führende. Er dachte an die Regierenden, Steuernden, Ordnenen. Dabei ging es ihm nicht um die Frage, welche Politik betrieben werden soll. Es ging ihm um die Frage Beruf und Berufung. Er registrierte den Siegeszug der Demokratie in Europa. Daher sah er den Politiker, der in der politischen Auseinandersetzung sich durchsetzt als heutigen Politikertyp, keinen Beamtentyp und auch nicht mehr den Honoratiorentyp, die er beide gut kannte.

Für diesen heutigen Politiker seien drei Eigenschaften wesentlich: Leidenschaft, Verantwortungsgefühl und Augenmaß. „Mit Leidenschaft war freilich kein romantischer Kult der subjektiven Erfahrung gemeint, sondern die Hingabe für ein gewähltes Ziel. Doch bliebe eine solche Leidenschaft blind, wenn sie nicht um ein Gefühl für Angemessenheit und einen gut ausgebildeten Realitätssinn ergänzt werde – um die Fähigkeit,

¹⁾ Weber, Max: Politik als Beruf, 1919. In: Weber, Max – Gesamtausgabe, Art I, Band 17, S. 157-252.

Distanz zu den Dingen und Menschen und vor allem zu den eigenen Gefühlen zu wahren."²⁾

Wenn man viele Politiker kennengelernt hat, wird man Webers Politikerideal unter den Figuren, die man Revue passieren lässt, selten finden. Es ist der große Politiker, den uns Max Weber als Idealtyp hinstellt, der Führer und Held, also eher die Ausnahme als die Erscheinungen der Politik, die wir kennen.

Ist ein solcher Idealtypus aber überhaupt gut für die Demokratie? Man kann darüber streiten. Ich bin der Meinung, dass Politiker in einer Demokratie vor allem ersetzbar, ja geradezu austauschbar und ablösbar sein sollen. In Krisen mag eine große Persönlichkeit notwendig sein. Aber ist nicht gerade in Krisen ein großes Gespräch notwendig und nicht eine große Person? Grown-ups do not need leaders, sagte Karl Popper und die Schweizer sagen gern: „Wir brauchen keine Herren.“

Der große Demokratietheoretiker Hans Kelsen stellt in "Wesen und Welt der Demokratie" (1929) fest: "Für eine Führernatur ist in der Idealdemokratie kein Platz." Aber er fährt fort: "Allein das Freiheitsideal der Demokratie, Herrschaftslosigkeit und sohin Führerlosigkeit ist nicht einmal annäherungsweise realisierbar. Denn soziale Realität ist Herrschaft und Führerschaft." Und er meint zutreffend, dass die reale Demokratie, die im Widerspruch zu ihrer Ideologie nicht eine führerlose Gemeinschaft ist, sich nicht durch den Mangel, sondern eher durch die Vielzahl der Führer von der realen Autokratie unterscheidet. Gerade für

²⁾ Müller, Jan-Werner: Das demokratische Zeitalter, Eine politische Ideengeschichte Europas im 20. Jahrhundert, Berlin 2013, S. 75.

Österreich ist diese Vielzahl von Führern in Gestalt vor allem der Bürgermeister charakteristisch.

Manche politische Denker haben gerade für Republik und Demokratie ein Bedürfnis nach Führertum festgestellt. So plädiert schon Alexander Hamilton im 70. "Federalist Paper" Ende des 18. Jahrhunderts für eine starke Führung gerade in der Republik. Zwar gäbe es Ansichten, wonach eine starke Regierung nicht mit einer republikanischen Verfassung vereinbar sei. Ihre Anhänger könnten aber diese Behauptung nicht aufrechterhalten ohne gleichzeitig ihre eigenen Grundsätze aufzugeben. Eine schwache Exekutive bedeute eine schwache Regierung. Und eine schwache Regierung sei nichts anderes als eine schlechte Regierung. Eine energische Regierung sei wesentlich in der Umschreibung einer guten Regierung. Hamilton argumentiert für einen starken Präsidenten: Nur eine starke Regierung bedeute für die Bürger Schutz und Schirm ihrer Freiheit und könne Gemeinwohl und Gesetze verwirklichen.

Der US-Historiker Arthur Schlesinger jr. stellte Mitte des 20. Jahrhunderts ein funktionelles Bedürfnis der Demokratie nach Führertum fest: "Wenn man den Massen politische Macht gibt, besteht die Gefahr einer hoffnungslosen Zersplitterung der Absichten und Entschlüsse, wenn nicht Führertum die zentrifugalen Wirkungen einer solchen Streuung der politischen Macht aufhebt. Von Anfang an haben die Demokratien ihre Energien nur vereinigen und ihre Wünsche verwirklichen können, wenn starke Einzelne die Absichten ihres Volkes verkörpern und klären." Darüber hinaus behauptet Schlesinger jr., dass der Demokratie ein moralisches Bedürfnis nach Führertum innewohne. Denn wenn man die Rolle des Einzelnen in der Geschichte reduziere, wenn er überhaupt nichts mehr bedeute, wenn man annehme, dass unpersönliche, durch die

Massen wirkende Kräfte Geschichte machen, dann ende man im historischen Determinismus und in der Verantwortungslosigkeit. Wenn man dem Einzelnen die Verantwortlichkeit für sein Verhalten nehme, beraube man Geschichte und Politik ihrer moralischen Dimension. Wenn der Einzelne nichts bewirken könne, werde der Fatalismus zu einem der großen Alibis von Geschichte und Politik. Es könne keinen größeren Widerspruch zum demokratischen Glauben an Würde, Freiheit und Verantwortlichkeit des Menschen geben. Ein Demokrat müsse daher gegen den Fatalismus Stellung nehmen. Um aber das zu tun, um die moralische Dimension der Geschichte wieder herzustellen, müsse er für die Wirksamkeit menschlicher Entscheidungen eintreten: Individuelle Entschlüsse müssten schließlich für die Geschichte von Bedeutung sein.

Der französische Politikdenker Raymond Aron wies darauf hin, dass manche Republiken die großen Männer so sehr gefürchtet haben, dass sie sich schließlich gezwungen sahen, ihre Zuflucht von Zeit zu Zeit bei großen Rettern zu suchen. Die Schwächen der Vierten Republik Frankreichs vor De Gaulle erklärte er mit der fast vollständigen Anonymität der Staatsgewalt. Die Fünfte Republik nahm das Führertum in die politischen Institutionen als Staatspräsident auf. Offenbar glaubte man dem Ruf nach dem starken Mann dadurch entgehen zu können, dass man ihn in Präsidenten institutionalisierte. Aron brachte das Problem auf die Formel: "Demokratien brauchen keine Rettung, wenn sie energische Führer haben."

Das zwanzigste Jahrhundert weist eine Reihe von Einzelpersönlichkeiten auf, die Geschichte machten. Lenin, Stalin, Atatürk, Churchill, Hitler, Roosevelt, Mao, Ghandi, Varga in Brasilien, Peron in Argentinien, Franco

in Spanien, Salazar in Portugal, Tito in Jugoslawien, Adenauer und De Gaulle, aus der letzten Zeit Mandela sind zu nennen.

Die Schweiz, die für uns als Vorbild und Lehrmeister gilt, braucht offenbar das charismatische Element in den politischen Institutionen nicht. In dieser kleinen, stabilen und reichen Traditionsdemokratie gilt offenbar tatsächlich, dass selbstständige Menschen keinen Führer brauchen. Es ist die Tradition der direkten Demokratie, die hier offenbar keine "new generation of leadership" braucht wie die Amerikaner. Vielleicht braucht die Größe Amerikas den großen demokratischen Führer. Ein Kleinstaat kann sich mit vielen kleinen begnügen, wenn die Demokratie als direkte Demokratie dem Einzelnen immer wieder Mitbestimmung als Selbstbestimmung gewährleistet. Diese direkte Demokratie fehlt in Österreich. Direktdemokratische Einrichtungen wie Volksbegehren, Volksabstimmung, Volksbefragung sind von den Parteien abhängig und nicht selbständig. Es gibt aber auch Beispiele, dass mit dem Volkswillen Schindluder betrieben wird.

Im Übrigen sah Weber in der Politik, deren Autonomie er anerkannte, vor allem eine Sache des Hirns. Politik werde mit dem Kopf gemacht, nicht mit anderen Teilen des Körpers oder der Seele. Für den Politiker gelte andererseits nicht „sine ira et studio“, wie für den Beamten oder Gelehrten, sondern „ira et studio“. Parteinahme und Leidenschaft seien das Element des Politikers. Aber es gehe um beherrschte Leidenschaft. "Mit dem Kopf und für den Kopf - wenn obendrein der Funke vom Herzen zum Herzen springt, umso besser: umso politischer handelt der Staatsmann" meinte mein Lehrer René Marcic in seiner Inaugurationsrede "Der Staatsmann in der Demokratie", 1966.

Leidenschaftliche Hingabe an die Sache allein war Weber zu wenig. Es müsse auch die Verantwortlichkeit gegenüber dieser Sache Leitstern des Handelns sein. Die entscheidende psychologische Qualität des Politikers sei aber das Augenmaß, die Fähigkeit, die Realität mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, Gelassenheit, Distanz.

Weber nennt dementsprechend zwei Arten von Todsünden auf dem Gebiet der Politik: Unsachlichkeit und oft, aber nicht immer damit identisch, Verantwortungslosigkeit. Wobei die Eitelkeit, das Bedürfnis, selbst möglichst sichtbar in den Vordergrund zu treten, den Politiker am stärksten in Versuchung führe, eine von beiden oder beide zu begehen. Täglich habe der Politiker also einen ganz trivialen, allzu menschlichen Feind zu überwinden: Die ganz gemeine Eitelkeit, die Todfeindin aller sachlicher Hingabe und aller Distanz, in diesem Fall der Distanz zu sich selber.³⁾

3. Politik als Technik und Ethik, wo lernt man sie?

2.500 Jahre politische Ethik gingen durch die Geschichte, bis ein Staatsmann, nämlich Vaclav Havel, die Wahrhaftigkeit zu einer maßgebenden Qualität der Politik erhob. 1978 schrieb er ein Buch mit dem Titel "Versuch, in der Wahrheit zu leben." Ihm gelang dieser Versuch. Auch wenn man praktisch denkt, wird man behaupten können, Wahrhaftigkeit ist in der Politik notwendig; es kann aber Ausnahmen geben. Lügen bedürfen und erfahren meist Rechtfertigung. Im Nachhinein werden in der öffentlichen Diskussion Notwendigkeiten und Rechtfertigungen meist größer. Immer wieder Gerichtstag halten: Das ist

³⁾ Weber, Max: Politik als Beruf, 1919. In: Weber, Max – Gesamtausgabe, Art I, Band 17, S. 157-252.

Sache der Mitwelt, das ist Sache der Nachwelt. So verstehe ich René Marcic: "Der Ort des Staatsmannes ist das Gericht."

In politischen Ämtern erlebt man die eigenen Schwächen am stärksten. Aber auch die eigenen Stärken erfährt man und auch das kann gefährlich sein. Das Mittel dagegen? Man muss immer Abstand zu sich selber haben. Die „anderen“, insbesondere Kolleginnen und Kollegen der eigenen Partei, machen einen persönlich eher selten auf Schwächen aufmerksam, aber sie loben auch selten. In Österreich erhält man meiner Erfahrung nach zu wenig Lob in der Jugend. Umso mehr brauchen und suchen viele Lob in späteren Jahren. Manche können nie genug davon kriegen.

Jedes politische Amt verlangt besonderes Ethos. Ohne Ethos verkommt die Politik, verkommen die Politiker, aber ohne Technik ist Politik blamabel und lächerlich. Politik verlangt Ethik und Technik. Dilettanten können kurze Zeit in der Zuschauerdemokratie Interesse erwecken, auf längere Sicht schaden sie. Politik hat ihren eigenen Ernst. Sie mag Theater sein, aber sie darf kein Kasperltheater werden.

Wo und wie lernt man Politik?

Fast alle Techniken der Politik lernt man im Zuge der Sozialisation durch den Umgang mit Menschen. Das beginnt schon in der Familie, besonders auch in der Patchwork-Familie von heute, im Kindergarten, in der Schule. Indem man „gesellschaftlich“ wird, wird man politisch. Jede Erziehung ist auch politische Erziehung, jede Bildung ist auch politische Bildung. Das sagt freilich nichts über die Qualität aus. Die Technik des Politischen und die Umstände und Voraussetzungen haben sich in den letzten Jahrzehnten verändert. Das bedeutet nicht, dass traditionelle

Verhaltensmuster nicht mehr vorhanden sind. Aber es ist eine Mischung entstanden, welche die Voraussage politischer Phänomene erschwert oder gar unmöglich macht.

Die moderne Technik ermöglicht kommunikative Akte in einem Ausmaß, das früher nicht einmal vorstellbar gewesen ist. Damit im Zusammenhang stehen früher unvorstellbare Mobilisierungen der Massen. Dabei kann es zu ganz und gar friedlichen Demonstrationen, aber auch zu gefährlichen Aggressionen kommen. Unvorhergesehenes und Unvorsehbares wird aktuell, wenn bestimmte Dispositionen mit technischen Möglichkeiten und ideologischen Elementen zusammen kommen. Dabei wurde das Internet ein Schlüsselfaktor in Bezug auf Indoktrination und Organisation. Denn hier bilden sich die Netzwerke, hier wird Kommunikation, also Politik. Dabei spielt die Orientierungslosigkeit, und der Verlust der Werte, der sich in Europa schon im vorigen Jahrhundert mehrfach gezeigt hat, eine Grundlage. Manche wie Hermann Broch haben das schon um 1900 erkannt und analysiert, aber die Folgen zeigten sich immer mehr weltweit. Gehen wir der Tradition nach:

Schon Aristoteles stellte fest, dass der Mensch ein politisches Wesen ist und zugleich das einzige, das Sprache hat. Die Politikphilosophin Hannah Arendt formulierte Aristoteles um: Menschen sind nur darum zur Politik begabte Wesen, weil sie mit Sprache begabte Wesen sind. Denn Politik in einer freien Gesellschaft ist Reden und Miteinander-Reden. In diesem Miteinander-Reden sah schon Aristoteles das Politische: Verständlich machen, Verständigung suchen, Verhandeln, Einigung, Entscheidung, Durchsetzung...

Politiker wollen beeinflussen. Daher entwickeln sie Sprachstrategien. Sprache ist ein "plurifunktionales Führungssystem". Dabei ist es

wesentlich, Menschen zu motivieren, Zustimmung zu erreichen, um Stimmung zu erzeugen und Stimmen zu gewinnen.

Überredungs- und Überzeugungsverfahren dienen nicht nur dem "bösen" Manipulieren, sie sind für gute Politik, insbesondere für politische Reformen unerlässlich. Politiker müssen viel mit den Menschen reden. Sie müssen wie gute Lehrer sein.

In großen Sprachspielen entsteht Politik. Sie ist ein Kampf mit Worten, um Worte, durch Worte. Wortbildungen, Wortschöpfungen, Wortspiele gehören zur Politik. Wenn es um Veränderung der Gesellschaft ohne Gewalt gehen soll, dann geht das nur durch Sprechen und Sprache. "Recht ist kristallisierte Politik" sagte unser Lehrer Adolf Julius Merkl. Er zählte sie und ihre zu Recht geronnenen Produkte zur Kultur. Sie gehören zu jenen Sprachwerken, die über eine Gesellschaft, über ihre Werte, Versuche und Irrtümer, Wollen, Wissen und Wirken, Auskunft geben. Jede Rechtschöpfung geht durch das Medium der Sprachschöpfung.

Rechtsnormen gehen in der Regel den Weg ihrer in Spielregeln, insbesondere in Verfassung und Gesetzen normierten Erzeugung. Sie haben auch je eine besondere „Biographie“. Im Zuge ihrer Konkretisierung unterliegen sie einem "Plebiszit der Praxis."

Mit der Erzeugung von Rechtsnormen hört Politik im Recht nicht auf. Sie setzt sich in der Vollziehung, in Verwaltung und Gerichtsbarkeit, kurz in der Konkretisierung fort: Jeder Richter, jedes Verwaltungsorgan ist politisch tätig. Auch der gesellschaftliche Alltag ist politisch. Jeder Mensch ist "politisch", auch wenn er es nicht weiß. Das muß politische Bildung bewusst machen.

Das Reden in der Öffentlichkeit, das Sich zu Wort melden und Diskutieren und alles, was dazu gehört, sind Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben, Rechnen, Computer und Handy nutzen. Man muss sie lernen.

In manchen Gesellschaften lernen Kinder schon früh das Reden in der Öffentlichkeit. Bei uns wird das zu wenig geübt. Ohne Aufgeregtheit soll schon zu Hause und in Kindergärten und Schulen diskutiert werden. Ich habe die Erfahrung, dass wir uns hierzulande erst nach einiger Überwindung und oft aufgeregt zu Wort melden. Im Allgemeinen sind wir Österreicher schlechte Redner. "Staatsberedsamkeit" ist selten. Wir müssen meist lokale Dialekte überwinden, um halbwegs Hochdeutsch zu sprechen. Oft wurde das Bemühen übertrieben und als Gegenbewegung entstand einer Art Dialekt in der Politik.

In den Schulen wird auf freies und schönes Sprechen, wie meine Großmütter noch sagten Wert gelegt. Wir hielten viele Redeübungen und konnten uns noch am Burgtheaterdeutsch orientieren. Unsere Lehrer förderten das. Sogar Kammerschauspieler kamen in Schulen. Wie ist das heute? Das TV-Deutsch orientiert vielleicht. Man lernt immerhin deutsche Dialekte.

Bei Reden in der Politik unterscheidet man "staatsmännische" und "politische". Diese sind aggressiv, scharf, polemisch, polarisierend, jene getragen, sachlich, seriös, integrierend. Schon als Schüler war ich ein guter Sprecher und ein guter Redner. In der Praxis der Politik war ich "staatsmännisch" und zu wenig "politisch". Meine "Rektorszeiten" hatten mich "staatsmännisch" gemacht und dadurch war ich zwar im akademischen Bereich "politisch", im politischen aber nicht.

Wahlkämpfe führt man "in Poesie", regiert wird dann "in Prosa", lautet ein altes Politiker-Sprichwort in den USA. Oft wird aber mit Poesie sogar regiert, aber das Volk merkt es nicht „Tacheles“ – Reden fehlt.

Wie viele verdanke ich dem Verein "Österreichischer Cartellverband" Rhetorik und politische Bildung: Ethik durch die Prinzipien, Techniken durch die Praxis. Das Verbindungsleben lehrte mich das Vorbereiten und Vorberaten von Sitzungen und Entscheidungen, die Suche nach Kandidaten für Ämter, die Durchführung von Wahlen und Abstimmungen, das Leiten von Versammlungen, das Erstellen und Handhaben von Geschäftsordnungen, Tagesordnungen und Programmen, Team- und Paktfähigkeit, verhandeln, entscheiden, veranlassen. Wer schon als Junger den Umgang mit Spielregeln, mit Zeit Information, und Organisation, Vertrauen und Verantwortung erlebt und gelernt hat, ist für Politik jeder Art vorbereitet.

Manchmal fragte ich Studierende nach den alten klassischen Tugenden. Niemand konnte sie nennen, sodass ich Klugheit, Tapferkeit, Mäßigkeit und Gerechtigkeit in meine Vorlesungen und Fragensammlungen einbaute. Dieses traditionelle Kulturgut ist weitgehend vergessen. Aber Tugenden sind unter anderem Namen gefragt. Aus vielen Seminaren nahm ich von den Teilnehmern Anforderungsprofile für Politiker mit: Es wurden Glaubwürdigkeit und Anständigkeit, Intelligenz und Bildung, Ausdauer und Hartnäckigkeit, Handschlagqualität und Bürgernähe, Verhandlungs- und Durchsetzungsfähigkeit genannt.

"Situationselastizität" war nicht darunter. Die alte Formel des deutschen Staatsrechtslehrers Rudolf Smend, das "sachlich Richtige mit dem sittlich Richtigen verbinden zu können", kam bei den Meisten gut an, wurde aber in der Politik von heute wenig gesehen. Den Studierenden fielen auch Unterschiede der Politiker in den verschiedenen Staaten auf. Sie

kritisierten, dass bei uns ein Politiker, auch wenn er verantwortlich ist, nicht zurücktritt. Wir haben keine Rücktrittskultur und damit ist die politische Verantwortung reduziert. Wiederholt wurde auch eine Entschuldigung der jeweils zuständigen Politiker gefordert. Gibt es eine Entschuldigungskultur bei den Politikern? Oft hat einer nur "seine Pflicht erfüllt." Das ist aber für eine Entschuldigung zu wenig. Die Parlamente müssten mehr Entschuldigungen einfordern. Wenn dann gesagt wird: "Meinetwegen entschuldige ich mich halt." dann ist das eine Provokation. Parlamente in Österreich müssten vor allem durch die Opposition Politiker zitieren können, damit bei Fehlleistungen Entschuldigungen öffentlich werden. In der Zukunft wird es noch mehr Fehlleistungen der Politiker geben, da die Probleme immer mehr und komplexer werden. Im Übrigen wird unter Politik in Österreich Parteipolitik, unter politisch parteipolitisch verstanden. Bei der traditionellen "Totalität" der Parteien war seinerzeit das verständlich. Heute muss man anders Denken lernen.

1956 erschien John Fitzgerald Kennedys Buch "Profiles of Courage" (auf Deutsch „Zivilcourage“ 1964; 1992). Es ist ein gutes Buch, auch wenn es Kennedys Ghostwriter Ted Sorensen geschrieben hat. Gegen Opportunismus und Populismus, Egoismus und kleinliche Parteilichkeit gerichtet, plädiert es für eine res publica Gesinnung. Es erhielt den Pulitzer-Preis.

Kennedy ging es darum, dass das anvertraute Amt in Verantwortung für die res publica ausgeübt wird. Freilich war er schon als junger ein reicher Star und musste sich nicht so anpassen und unterwerfen wie ein sozialer Niemand, der ein Aufsteiger werden will. Wer aber seine Biographie kennt, kennt auch seine gefährlichen Schwächen.

"Republik-Gesinnung" hat unsere Parteiengesellschaft besonders nötig. Politik wird hier noch immer "a la Pawlow" und nicht "a la Descartes" gespielt: Die erlernte Parteirolle bewirkt offenbar emotionale Reflexe und erschwert rationale Reflexion.

Zivilcourage ist in einer Parteiengesellschaft als „Tapferkeit vor dem Freund“ ein Zeichen der individuellen Freiheit. Das ist auch ein Plädoyer für die Ausübung des freien Mandats. Aber das soll kein Plädoyer für einen individuellen Privatanarchismus oder politischen Grobianismus sein. Wir sind vielleicht offener geworden, aber in vieler Hinsicht ordinärer und vulgärer.

Höflichkeit und Unvoreingenommenheit nützen beim Aufeinanderzugehen und Aufeinandereingehen, beim Miteinanderreden, im Gespräch. Aber das will bewundert sein. Grobianismus mag Schlagzeilen bringen, aber er bringt selten weiter.

Politik ist mehr Verantwortung als Freiheit. Sie verlangt Sorgfalt im Umgang, auch im Umgang mit dem Wort. "Fortiter in re, suaviter in modo." Tapfer in der Sache, milde in der Durchführung.

Wie oft musste ich, weniger bei mir, als bei anderen, an den lateinischen Spruch denken: „Et iam dimissum, volat irrevocabile verbum“, „einmal weggeschickt fliegt unwiderruflich das Wort hin.“ Den Spruch "si tacuisses, philosophus mansisses" haben allerdings manche so berücksichtigt, dass sie als große Schweiger galten, aber keine Philosophen waren.

Neben der Mitwelt- und Umweltethik ist heute Nachweltethik gefordert. Zur Sorge für und um die Gegenwart ist die Sorge im Hinblick auf die Zukunft gekommen. Der alte Spruch „quidquid agis prudenter agas et

respice finem“ – „was du auch machst, tu es klug und bedenke die Folgen“ – ist aktueller denn je.

Im Übrigen lässt einen Max Webers Rede glauben, dass er der sogenannten Verantwortungsethik den Vorzug gab. Aber er weist ausdrücklich darauf hin, dass letztlich auch der Politiker, der einer Verantwortungsethik folgt, aller Wahrscheinlichkeit nach einmal an den Punkt kommt, an dem er sagen müsse: „Hier stehe ich und kann nicht anders.“ Diese Lage müsse für jeden, der nicht innerlich tot sei, irgendwann eintreten. „Insofern sind Gesinnungsethik und Verantwortungsethik nicht absolute Gegensätze, sondern Ergänzungen, die zusammen erst den ausmachen, der den „Beruf zur Politik“ haben kann.“⁴⁾

Moral, Respekt und Anstand sind in der Politik selten „höher“ als die Interessen der Akteure. Und Interessen sind der Stoff, aus dem Politik gemacht ist. Selbst Friedensnobelpreisträger sind Interessenträger und nicht immer nobel.

Immer wieder wird daher nach Professionsnormen und Verhaltenskodizes für Politiker gesucht und es gibt sie auch. Wenn aber keine Sanktionen bestehen – und meistens bestehen keine wirklichen Sanktionen –, und keine getroffen werden - und meistens werden sie nicht wirklich getroffen - sind sie ein Konzept ohne Konsequenz. Meine Erfahrung: Die Erfolge können sich nicht sehen lassen. Die Frage bleibt im Alltag und im konkreten Fall offen. Die überangestregte Suche nach Moral ist für mich ein Indiz für die Krise der Institutionen und ihrer Träger. Hier muss man ansetzen. Wir kommen wieder zur politischen Bildung.

⁴⁾ Weber, Max: Politik als Beruf, 1919. In: Weber, Max – Gesamtausgabe, Art I, Band 17, a.a.O.

Das Britische Parlament beschloss Ende des vorigen Jahrhunderts einen Verhaltenskodex und schuf einen unabhängigen parlamentarischen Beauftragten für Verhaltensstandards. Davon sollen 7 Prinzipien hervorgehoben werden: Selbstlosigkeit; Integrität; Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit mit Konsequenzen bei Fehlverhalten; Offenheit-Transparenz: Entscheidungen sollen begründet werden; Ehrlichkeit: Politiker sollen private Interessen, die im Zusammenhang mit öffentlichen Aufgaben stehen, deklarieren und Konflikte im öffentlichen Interesse lösen; Führungsqualität (Leadership).

Mehreren anderen Gesetzgebern dienten diese "Prinzipien für das öffentliche Leben" als Vorbild. Sie könnten von unseren Parteien im Hinblick auf die "Suche nach dem Richtigen" Orientierung bieten. Aber ich bin skeptisch.

4. Politik - ein freier Beruf?

Politik ist mehr als andere Bereiche „ungewiss“, „unvorhersehbar“, voller Zufälle. Sie ist ständig im Fluss, auch wenn sie still zu stehen scheint. Der Weg in die Politik und in der Politik ist vielleicht deshalb nur allgemein geregelt: Mehr als ein bestimmtes Alter, Wahrung der Gesetze und Amtsausübung nach bestem Wissen und Gewissen ist unseren Rechtsnormen nicht zu entnehmen. Braucht man mehr?

Meine Studenten kritisierten, dass Politiker nichts gelernt haben müssen und keine Zeugnisse brauchen, kurz den freiesten Beruf haben, den man sich vorstellen kann. Könnte sich die Demokratie einen solchen Luxus leisten? In allen Berufen werden Vor- und Ausbildung und alle nur denkbaren Zeugnisse verlangt, Praxisjahre, Weiterbildung, usw. Politik ist diesbezüglich tatsächlich einer der letzten freien Berufe.

Max Weber verlangte keine Zeugnisse, sondern Charakter. Er erkannte freilich schon, dass der moderne Politiker nicht nur für die Politik, sondern von der Politik lebt. In einer engen Parteiendemokratie lebt er für die Partei, von der Partei und verdankt ihr "alles".

Die heutige Demokratie ist, von Ausnahmen abgesehen, eine Parteiendemokratie und eine Demokratie von Berufspolitikern. Für sie bedeutet Politik oft einen Aufstieg, nicht nur einen sozialen, sondern auch einen ökonomischen und kulturellen. Zu diesen politischen Profis kommt in einer Gesellschaft, die eine spezifische Zivilgesellschaft wie die österreichische ist, eine große Zahl von Nebenberufspolitikern, für die Politik zwar zum Leben gehört, aber nicht zum Lebensunterhalt. Wenn man alle diese „Politiker“ zusammenzählt, kommt man wahrscheinlich auf Hunderttausende.

Nur ein kleiner Teil dieser vielen Positionen ist mit Bezügen und Aussicht auf Pension verbunden. Viele Menschen aus bescheidenen Verhältnissen kamen und kommen noch immer aufgrund ihres jahrzehntelangen Engagements für eine Partei und nahestehende Organisationen in politische Positionen. Von ihnen lebt unsere Demokratie.

Die Parteien sind die Schule und die Praxis der Politik. Sie prüfen, urteilen und wählen aus. Parteien sind für die Demokratie von heute noch lebensnotwendig. Churchills Wort von der Demokratie kann man auch für das Auswählen von Kandidaten durch die Parteien anwenden.

Eine Parteikarriere als sogenannte „Ochsentour“ verlangt viel Geduld bis man zur ersten „besseren“ Position kommt. Das Hinaufdienen soll zwar kein „Hinaufdienen“ sein. Aber man muss sich in Lokal-, Bezirks- und Landesgremien anpassen, den Weg über Funktionen als

Personalvertreter, Betriebsrat, Gewerkschafter, Kammerrat, Gemeinderat gehen, um endlich Bürgermeister zu werden, in einen Landtag, in den Bundesrat, in den Nationalrat, in die Regierungen auf Bundes- und Landesebene, in das Europäische Parlament usw. zu gelangen. Dieses Ersitzungsmuster wird oft kritisiert. „Quereinsteiger“ und „bunte Vögel“ sind insbesondere von den Medien "gefragter". Aber Ersitzungsmuster sind Leistungs- und Treuemuster. Sie begründen etwas Wichtiges: Vertrauen und Loyalität.

Nicht selten waren oder sind auch Verwandte der Engagierten politisch tätig. Diese Tausenden von Menschen sind Menschen wie Du und ich. Sie sind weder Helden, noch Heilige; sie sind aber auch keine Bösen und Schlimmen. Im Allgemeinen sind sie anständig und fleißig, haben Lebenserfahrung und sind verlässlich. So machen sie Demokratie und garantieren sie. Sie lebt ja von den vielen Menschen, die sich in ihr und damit für sie engagieren.

"All politics is local". Dieses Wort des ehemaligen Speakers des US Repräsentantenhauses Tip O Neill gilt besonders für Österreich und seine Parteikarrieren. Der Beitritt zur EU hat diese Einstellung bei Teilen der politischen Führung geändert, aber nicht bei den Teilen der Bevölkerung, die noch nicht in Europa angekommen sind oder bei denen Europa, genauer die EU, noch nicht angekommen ist und das ist die Mehrheit. Lokalismus und Regionalismus haben Auftrieb bis hin zu einem populistischen Nationalismus, der aber kein Deutschnationalismus wie in früheren Zeiten ist, sondern ein Austronationalismus.

Wie weiß die Wählerschaft, welchen Charakter, welche Fähigkeiten Kandidaten haben? Wie weiß das die Gruppe, die Kandidaten für Wahlen aufstellt?

Sie wissen es nicht; sie nehmen es an. Es ist Vermutungswissen. Wer Jahrzehnte lang in einer Partei brav mitgearbeitet hat, wird wahrscheinlich später auch "brav" bleiben und nicht enttäuschen. Wer immer schon gut war, wird wahrscheinlich gut bleiben. Aber man weiß es nicht. Vertrauen ist die Basis des Erfolges. Bei einem „Fall“ heißt es dann: "Ich habe es gewusst oder ich wusste es nicht" oder: „Das hätte ich mir nicht gedacht!“ Oder: „Ich bin enttäuscht!“ Die Steigerung ist dann: „Ich bin schwer (von ihm) enttäuscht!“ Die nächste: "Ich bin menschlich enttäuscht!"

Im Übrigen fällt auf, dass Max Weber, der jahrzehntelang krank und jahrelang arbeitsunfähig war, nicht auf eine wichtige Voraussetzung für Politik als Beruf eingeht: auf die Gesundheit. Für Kontinuität und Stabilität in der politischen Arbeit ist robuste Gesundheit notwendig, sind eiserne Nerven und Resilienz zweckmäßig.

Weber hat auch etwas nicht hervorgehoben, was meiner Erfahrung nach zu vielen Politikerinnen und Politikern gehört: Das ist eine Energie, die sie nicht ruhen lässt. Nicht jede oder jeder hat diese Unruhe. Aber manche haben sie sogar noch nach dem Ausscheiden aus der Politik. Sie können nicht Ruhe geben. Sie müssen sich einmischen und machen sogar Zwischenrufe in der Tagespolitik. Da auch Politikerinnen und Politiker älter werden, wollen sich mehr und mehr einmischen und bilden geradezu eine politische Reservearmee. Vielleicht soll man einen Rat der Alten einführen, der direkt gewählt wird oder in den man direkt eintreten kann.

Max Weber behandelt auch nicht Skandale und Schwächen, die immer wieder Politiker zu Fall bringen, wie Missbrauch von Nervengiften, Alkohol, Sex, Korruption, Spiel, Lügen, Intrigen, Nepotismus, Hybris usw. Nichts Menschliches ist Politikern fremd.

5. Warum geht jemand überhaupt in die Politik?

Die Motive sind vielfältig. Viele Menschen wollten schon in ihrer Jugend anderen helfen, Macht haben, sich wichtig tun, dem Gemeinwesen dienen, gestalten. Meist waren sie im familiären, schulischen, karitativen, kirchlichen, kulturellen, sportlichen, gemeindlichen Bereich, in Vereinen, in Jugendorganisationen tätig. Dort lernt man vieles, was man in der Politik braucht. Man war also schon längst politisch tätig, bevor man politisch tätig wurde. Freilich ist das nur wenigen bewusst. In der Demokratie, in der jeder Mensch Politiker werden kann, sollte es zur Allgemeinbildung und zum Allgemeinwissen gehören, dass jeder Mensch Politiker ist. Wir alle sind Politiker. Politische Bildung soll das in besonderer Weise bewusst machen.

Alle Profis waren einmal Amateure. Es ist für die Zivilgesellschaft gut, dass nicht alle politischen Amateure professionelle Politiker werden. Manchmal hat man allerdings den Eindruck, dass zu viele Dilettanten in der Politik tätig sind.

Ambitionen, welche Menschen haben, führen sie seit je in die Politik. Immer schon wollten Menschen - aus welchen Gründen immer – auffallen, bei anderen Aufmerksamkeit erregen, Anerkennung erwerben, beliebt werden, beeinflussen. Seit der Antike macht der Ehrgeiz, sich in der Öffentlichkeit auszeichnen zu wollen und im Wettbewerb mit anderen

zu beeindrucken und zu beeinflussen, eine besondere politische Tugend aus. Das „Agonale auf der Agora“ ist für viele die große Herausforderung.

Politik war nicht nur in Europa Jahrhunderte lang Sache des Adels. "Noblesse oblige!" Die Französische Revolution war das elementare Ereignis, das eine Umwertung alter Werte und damit eine ganz neue Politik für die Massen, mit den Massen und durch die Massen schuf. Das Problem „Masse und Macht“ war schon lange vor der Zeit Max Webers aktuell. Die Massen begannen schon Ende des 18. Jahrhunderts politisiert zu werden und sich zu mobilisieren, ja schon in der Zeit der Reformation und der Bauernaufstände.

Die Massentheorien des 20. Jahrhunderts waren aber erst mit dem Aufstand großer Massen verbunden. Das 20. Jahrhundert wurde das Jahrhundert der Demokratie, von Masse und Macht, von Symbolen und Medien. Politische Symbole und Medien spielten eine neue Rolle.

Das 21. Jahrhundert steigerte die spontane Abrufbarkeit von Protestmassen global. Überall stehen politische Reservearmeen bereit und spontane Mobilisierungen von Konfliktpotenzialen gehören zur Politik. Sie werden durch die ubiquitäre Verfügbarkeit der Medien global bekannt. Die neue Unübersichtlichkeit verlangt noch mehr Einsatz vom Politiker, aber auch von anderen Autoritäten, um neue Ordnungsbedürfnisse zu befriedigen.

Hugo von Hofmannsthal hat am Ende der liberalen Ära, die von rationalistischen Erwartungen des politischen Prozesses geprägt gewesen war, eine besondere Formel für den politischen Erfolg angegeben: „Politik ist Magie. Wer die Mächte aufzurufen weiß, dem

gehörchen sie.“⁵⁾ Gerade weil Politik „keine formellen Voraussetzungen“ verlangt, sondern ein „freier Beruf“ ist, spricht sie immer auch Menschen an, die „Mächte aufzurufen“ wissen oder das glauben.

Johann Wolfgang von Goethe reflektierte über das „Dämonische“; seit Max Weber spricht man von „Charisma“. Von Menschen mit Charisma strömt eine rätselhafte, rational nicht nachvollziehbare Kraft aus. Viele Menschen sind fasziniert und laufen auch Rattenfängern nach. Das Irrationale wurde mit den Massen anscheinend immer wichtiger; le Bon`s "Psychologie der Massen" wurde Bestseller. Aber soll Politik irrationaler sein als anderes gesellschaftliches Handeln? Soll sie nicht zur Rationalisierung des Irrationalen beitragen?

Die Auswahl innerhalb der Parteien ist nach wie vor eine wichtige Frage und nach wie vor eine überwiegend nur intern und nicht besonders gut gelöste. Mehr Transparenz und wenigstens Parteiöffentlichkeit müssen zum Postulat werden. Wer Auswahl Sitzungen in Parteien erlebt hat, weiß, wie sehr hier Politik diesbezüglich im Unsicheren und Ungewissen "steuert". Mir wären Aufnahmekriterien, ja sogar Aufnahmeprüfungen für Politiker lieber, etwa als öffentliche Hearings, über Parteigrenzen und -gremien hinaus.

In der Mediendemokratie von heute geht es anders zu als in der Zeit Max Webers. Die Beziehungen zwischen Akteuren der Politik und denen der Massenmedien sind z.T. zu Symbiosen geworden. Das öffentliche Auftreten, wobei das Wort öffentlich in einem umfassenden Sinn gemeint ist, gibt dem heutigen Politiker mehr und andere Möglichkeiten als gestern vorhanden waren. Allerdings haben nur wenige Spitzenpolitiker früher

⁵⁾ Hofmannsthal, Hugo von: Buch der Freunde, Aufzeichnungen, Frankfurt 1959, S. 60.

unvorstellbare Vorteile und Versuchungen im Vergleich zu den anderen. Aber selbst diese mutieren auf der Vielfalt der Bühnen der Politik, die zur Verfügung stehen, zu Schauspielern. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien, „Politik als Theater“, als neue Darstellungskunst und sich immer erneuernde Kunst der Kommunikation in einer globalisierten Medienwelt, das muss heute schon der Anfänger kennen und können. Inszenierungen und Schauspielerei mit Mimik und Gestik waren aber schon immer in der Politik dabei. Politik und (Schau)Spiel gehören zusammen.

Von den vielen Politikern sind nur wenige allgemein bekannt. Eine kleine Zahl von „Stars“ präsentiert die Politik und manche von ihnen prägen sie auch. Die praktische Personalisierung besteht in "Spitzenpolitikern" und in "Basispolitikern". Kurz: Man kennt Kanzler und Bürgermeister. Auf der anderen Seite besteht ein immer wiederkehrender Wunsch der Wählerschaft nach allgemeiner Personalisierung der Politik. Vor Jahrzehnten wurde das mit dem im Wahlrecht vorgesehenen Reihen und Streichen versucht. Diese Möglichkeit wurde aber nur von einer kleinen Zahl wahrgenommen. Daher wurde sie abgeschafft. Später versuchte man es mit Vorzugsstimmen. Heute wird die Technik der Vorzugsstimmen ständig verändert, ohne dass es deshalb wirklich zu einer allgemeinen Personalisierung käme. Das heute vielleicht in Österreich beliebtere Streichen wurde nicht wieder eingeführt.

Die Häufigkeit, die mehreren Ebenen und Bereiche der Wahlen und Politik wirken meines Erachtens nach gegen eine allgemeine Personalisierung. Im Übrigen sind seit eh und je vor allem bestimmte exekutive Funktionen personalisiert. Das beginnt schon beim Bezirksvorsteher und Bürgermeister im Kleinen und endet beim

Bundespräsidenten im Großen, der als Fortsetzung des Kaisers in der Republik in Schulen und Ämtern als Bild hängt. Für viele ist damit der Irrtum verbunden, dass er der mächtigste politische Akteur sei. Dieser ist wohl in seinem Bereich in vielen Gemeinden der Bürgermeister. Aber man kann nicht den Bürgermeister aufhängen.

Schönheit kommt selten in der Politik vor. Als ich anfangs der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts der ÖVP beitrug, fiel mir zunächst die Hässlichkeit aller Parteilokale auf. Der Schriftsteller und Politiker Jörg Mauthe sagte auf eine solche Bemerkung: „Alles, was Parteien angreifen, wird schiach! Schreib über das Recht auf Schönheit!“ Ich schrieb darüber im „Wiener Journal.“ Seit damals hat sich vieles verbessert. Design und Ästhetik gelten heutzutage viel, aber in der praktischen Parteipolitik nach wie vor wenig.

"Warum aber triumphiert der schlechte Geschmack so gerne in der Politik?" fragt der Philosoph Konrad Paul Liessmann. Er begründet das v.a. damit, dass Politik und guter Geschmack einander erfahrungsgemäß weitgehend ausschließen, weiters damit, dass das Ästhetische das Gegenteil einer ziel- und interessenorientierten Machtdemonstration sei. Das kann man auch anders sehen. Aber die Frage bleibt. Mauthes und Nennings Schönheitsmanifest aus 1984 wurde 2014 von keiner Partei zitiert, geschweige derart rezitiert. Daran soll hier erinnert werden. Warum wurde es vergessen, obwohl so wenig verbessert wurde?

Über das Kapitel Politik und Schönheit ist noch zu schreiben. Schöne Menschen haben Vorteile, müssen aber auch Vorurteile ertragen. Politik macht im Übrigen wenige schön, die politisch tätig sind. Da und dort ist ein Veredelungsprozess, aber oft auch das Gegenteil festzustellen. Fast

alle sind gepflegter als früher und auch besser, zumindest moderner und modischer, angezogen. Die Frauen in der Politik haben dazu beigetragen.

In der Zeit Max Webers erhielten sie das Recht, zu wählen und gewählt zu werden, in der Republik Deutschösterreich 1919. Aber Macht erhielten sie nicht. Der praktizierte Katholizismus, die patriarchalische ländlich-sittliche Kultur, Kirche-Kinder-Küche-Keller-Haus-Stall-Hof, „das Gerede“, mangelnde Anonymität, der Faktor Zeit, zB Nach(t)sitzungen im Wirtshaus, viel hielt und hält Frauen von vornherein von der Politik ab. Noch immer sind von den rund 2.300 Bürgermeistern nur wenige Frauen. Das Kapitel "Frauen in der Politik" ist eine unendliche Geschichte in Österreich?

6. Politikertypen und -eigenschaften

In der Alltagspraxis fallen einem die Unterschiede zwischen den Stars, den Spitzenpolitikern und den Politikern der zweiten und dritten usw. Reihe auf. Es gibt Politiker, die jede(r) kennt und Politiker, die niemand oder nur ein kleiner Kreis kennt. Dabei kann die Mikro- oder Mesopolitik wichtiger sein als die Makropolitik.

Karl Renner, der nicht nur als Staatsmann und Politiker, sondern auch als Soziologe und Politologe in der ersten Reihe stand, hat nach den Anforderungen in der Politik Realtypen von Politikern unterschieden: Den vielseitigen, abwägenden und vorausschauenden geistigen Leiter, den energischen Lenker und Macher, den wortgewaltigen hinreißenden Agitator, den praktischen Organisator. Heute kommt der Experte, der Netzwerker, der Kommunikator, der Verhandler dazu. Politische Führer, politische Sachwalter und Experten, Macher und Moderatoren, Werber

und Mitläufer kann man auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Politik finden.

In der Politikwissenschaft findet man Bibliotheken über die Typologie und Phänomenologie von Politikern. Der Politologe Wolfgang C. Müller hat u.a. folgende Typen vorgestellt:

Amateure und Professionals; für diese besteht Politik aus Gewinnern und Verlierern, gewinnen ist ihr primäres Ziel, für den Amateur ist Politik Dienst an der Öffentlichkeit, für die Resultate erreicht werden sollen. Pragmatiker und Puristen; während sich der Pragmatiker bemüht, das Mögliche zu erreichen – Politik/Kunst des Möglichen –, nimmt der kompromisslose Purist lieber eine Niederlage in Kauf, als von den eigenen Prinzipien abzuweichen.

Eine andere Unterscheidung geht von psychoanalytisch orientierten Typen aus: Amtsinhaber, Staatsmann und Demagoge. Der Amtsinhaber ist ein echter Repräsentant der Wähler, der Staatsmann innerlich freier, der Demagoge neurotischer als sie. Karriere- Politiker sollen sich von „normalen“ dadurch unterscheiden, dass sie außerordentlich starke psychologische Präokkupation für die Politik haben. Sie können sich ein Leben ohne die Politik nicht vorstellen.

Manche unterscheiden zwischen dem veränderungsorientierten Mobilisierer, der auf Entscheidung und Erreichung von Zielen hinstrebt, dem Status-Quo orientierten Vermittler, der primär um Konsens bemüht ist und dem Moderator, der das Gespräch und die Debatte am laufen hält. Ähnlich ist die Unterscheidung in Bewahrer, Manager, Ideologen und Innovateure.

In den USA haben Politologen aktive und passive, positive und negative unter den Persönlichkeiten der Präsidenten unterschieden. So wurden die US-Präsidenten klassifiziert, und zwar nach ihrem Arbeitseinsatz (aktiv/passiv) und ihrer Einstellung gegenüber den eigenen Handlungen,

also ob das Amt primär Freude oder Bürde ist (positiv/negativ). Aus der Kombination dieser beiden Dimensionen ergeben sich vier Typen, mit denen bestimmte Verhaltensmuster assoziiert werden können: Aktiv-Positive Politiker sind primär an konkreten Ergebnissen interessiert, Aktiv-Negative Politiker an Machtgewinn und -erhalt, Passiv-Positive Politiker wollen vor allem geliebt werden, und Passiv-Negative Politiker betonen ihre Pflichterfüllung.

Alle diese Typologien kann man kritisieren. Sie sind aber anregend. Man kann aus ihnen eine Art „Status-Lehre“ von Politikern herausarbeiten, und so selbst neue Möglichkeiten der Klassifikation und der Qualifikation entwickeln.

Seit der Antike diskutiert man über die Eigenschaften, welche Politiker aufweisen sollen. Antike Philosophen nannten vor allem die Fähigkeit, „die Gemeinschaft zu pflegen.“ Der wahre Staatsmann solle für das Gemeinsame sorgen, da das Gemeinsame verbinde, während das Individuelle und Spezielle spalte. Das Gemeinwohl, also Güter, die für alle Glieder der Gemeinschaft notwendig oder nützlich sind und nur durch die Gemeinschaft erhalten und gefördert werden können, wurde zum Maßstab. Die vier Kardinaltugenden sind dafür notwendig also Klugheit, Mäßigkeit, Mut und Gerechtigkeit. Plato hat dies durch seinen personalistischen Ansatz auf die Spitze getrieben: „Solange die Philosophen nicht Könige werden oder die Könige echte und gute Philosophen, solange nicht politische Macht und Weisheitsliebe in der gleichen Person vereinigt sind, solange wird es kein Ende der Probleme geben....“

In Ciceros wichtigster politischer Schrift „de re publica“ wird der Politiker und seine besondere Tugend gelobt. Der Sinn der Tugend liege in ihrem

Gebrauch und der wichtigste Gebrauch sei die Lenkung des Staates, die Politik. Cicero war für den Staatslenker, für eine „Vita activa“ und gegen das Ideal eines Lebens im Gärtchen, einer „Vita contemplativa“, wie sie Epikur vertrat.

Das Christentum stand zunächst in Distanz zum Gemeinwesen, später aber lieferte es ihm eine Staatsideologie und wurde zur Herrschaftstechnik. Tertullian schrieb im Gegensatz zu Cicero: „nichts geht uns so wenig an, wie das, was alle angeht, wie das Gemeinwesen. Lieber das Martyrium als ein Staatsamt.“ Augustinus kritisierte das Streben um Anerkennung und Ruhm, es gehe nicht darum, dass gutwillige Menschen einen anerkennen, sondern darum, allein der Stimme des Gewissens zu folgen. Dem christlichen Politiker solle es um sein Seelenheil gehen. Nicht vor der Mit- und Nachwelt, sondern vor Gott solle er bestehen können.

Die Literaturgattung der Politikerspiegel, meist in Gestalt der Fürstenspiegel, erstreckt sich über einen Zeitraum von gut 3000 Jahren, beginnend in Ägypten und Babylon. Man hat über ein halbes Tausend Spiegel gezählt. Das Christentum hat vor allem das doppelte Liebesgebot als Grundnorm herausgestellt und damit auch die goldene Regel gesetzt, Thomas von Aquin hat in „de regimine principum“ das Gemeinwohl postuliert. Es blieb in der Tradition der katholischen Kirche wesentlich bis heute.

Die „institutio principis christiani“ des Erasmus von Rotterdam wird vom Schweizer Politikwissenschaftler Alois Riklin den heutigen Politikern besonders empfohlen. Anschaulich hat er im Freskenzyklus des Rathauses von Siena (1340) Richtlinien für Politiker gesehen: Dort lässt sich die Politik von sechs Tugenden beraten: Gerechtigkeit,

Besonnenheit, Großgesinntheit, Klugheit, Mut und Friede; Glaube, Hoffnung und Liebe sollen Kraftquellen sein. Die göttliche Tugend der Weisheit soll die Gerechtigkeit erleuchten und Eintracht in der Gemeinschaft bewirken.

In der Neuzeit wurde die Psychologie in den Vordergrund gerückt und „Il Principe“ Machiavellis wurde zum Kultbuch. Wenn auch Friedrich der Große einen Antimachiavell in jungen Jahren schrieb, so war er doch, wie es Machiavelli empfiehlt „Fuchs und Löwe zugleich“: Klug, listig, mutig und tapfer. Aber all dies im Interesse der Staatsräson.

Die personalistische Ethik blieb bestehen. William Penn schrieb in seiner Schrift zur Gründung von Pennsylvania: „Wenn die Politiker gut sind, dann setzen sie sich auch durch, wenn die Institutionen schlecht sind; sind die Politiker aber schlecht, dann taugen auch gute Institutionen nichts.“

Sir Karl Popper warf den politischen Denkern von Platon bis heute eine falsche Fragestellung vor. Die Frage der politischen Theorie sei nicht: „Wer soll herrschen?“, sondern „Wie können wir unsere politischen Institutionen so gestalten, dass auch unfähige und unredliche Politiker keinen großen Schaden anrichten?“. Unsere Verfassung ist in gewisser Weise eine Antwort auf die Frage Poppers. Ihre Schwäche besteht allerdings darin, dass Kontrolle und Verantwortlichkeit zu wenig wirklichkeitsnah ausgebaut sind, vor allem hat das Volk als Wählerschaft aufgrund der besonderen Konstellation zu wenig Möglichkeit die Regierung auch abzusetzen.

7. In der Partei – in der Politik

Als ich 1961 der ÖVP beitrug, wollte ich nichts Besonderes erreichen, sondern einfach "nur" mitarbeiten. Innerhalb eines Jahres war ich in die Bezirksparteileitung aufgestiegen und hatte interessante Aufgaben, nämlich, Kontakte zu nahestehenden Organisationen zu pflegen. Aber mein Beruf führte mich in den Verfassungsgerichtshof und dort hatte ich so viel Arbeit, dass ich bald nicht mehr drei Abende pro Woche in der Partei verbringen konnte. Ich wurde Verfassungsrechtsexperte und lernte, Politikberatung als unbezahlte Parteimitarbeit einzubringen. Der Obmann der ÖVP, Dr. Schleinzer, wollte anfangs der Siebzigerjahre eine große Verfassungsreform. Heinrich Neisser und ich erstellten ein Konzept. Leider starb Schleinzer viel zu früh. Taus als sein Nachfolger wollte vor allem eine ständige Konzentrationsregierung in der Verfassung.

Auch dazu entwarf ich ein Konzept in Anlehnung an die Zauberformel der Schweiz, wonach die stärksten Parteien Vertreter in der Regierung haben. Derzeit wären das Rot, Schwarz, Blau und Grün. Sie hätte der Bundespräsident zu berufen bzw wären sie vom Nationalrat nach ihrer Stärke zu entsenden und vom Bundespräsidenten zu ernennen. Dabei sollten die Führer und Führerinnen der Parteien im Nationalrat bleiben. Vielleicht würde die Regierung sachlicher und der Nationalrat politischer werden. Aber das ist wohl Illusion.

Ich habe mehrere Berufs- und Gesellschaftsbereiche kennengelernt. Aber kein Bereich, vielleicht der Sport in der Jugend ausgenommen, war, trotz aller leeren Rituale, so voller Emotionen wie die Politik. Sympathie und Antipathie, ja sogar Hass, oft Zorn und mehr oder weniger natürliche Entrüstung habe ich erlebt; gespielte Entrüstung relativ oft.

"Politik der Gefühle" ist ein gutes Buch von Josef Haslinger und hat etwas Bestimmtes gemeint. Die Philosophin Martha Nußbaum weist ganz allgemein auf "Politische Emotionen" hin, auf ihre Bedeutung im Negativen und im Positiven. Gefühle sind ambivalent, ja polyvalent. In der Politik spielen sie eine große Rolle, auch wenn sie gespielt sind. Gespielte Entrüstung kann Einschüchterung bewirken, gespielter Zorn Begeisterung und Angst. Mich haben echte und gespielte Emotionen meist ernüchtert. M. E. soll Politik zur Rationalisierung des Irrationalen beitragen. In jungen Jahren schrieb ich: "In Österreich gibt es mehr grantige alte Herren als zornige junge Männer". Und die Wutbürger? Zornbanker, ZornbinkerIn? "Empört euch!""? Denkt nach und handelt! Aber denkt vor allem nach!

„Dankbarkeit ist keine politische Kategorie“ ist wohl eine Erfahrung vieler. Nachher, viel später, oder nach dem Tod, mag es wieder ein Ritual der Ehrung mit Dankbarkeitsfloskeln geben. Gerade weil unmittelbare Dankbarkeit so selten ist, ist man dafür besonders dankbar. Als ich einen Spitzenpolitiker vor Feinden warnte, erwiderte er: " Die Freunde und Feinde, die ich jetzt habe und früher nicht hatte, werde ich später nicht haben." Aber manche bleiben. Politiker haben meist ein gutes Gedächtnis, wenn es um sie geht.

Manchmal erfahren Minister erst in letzter Minute und ohne "Vorwarnung", dass sie nicht mehr Minister sind, oder jemand hört als letzter, dass er es geworden ist. Einmal hat mich ein führender Politiker so angesprochen: „Bist Du mir böse, weil ich den X gekillt habe?“ Was soll man darauf antworten? Ein anderer sagte zu mir „Du weißt, ich bin kein Killer!“ Aber er hat Leute anders fertig gemacht.

Wenn jemand in der Partei "gefallen" ist, fallen gelassen worden ist, kann es sein, dass niemand mit ihm redet, tagelang, wochenlang, jahrelang. Umgangsformen in Politik und Parteien sind ein eigenes Kapitel. Parteien schützen ihre ehemaligen Politiker im Allgemeinen zu wenig. Allerdings tauchen ehemalige manchmal auf, als wäre nichts geschehen.

Als ich Anfang der 80er-Jahre als ehemaliger Rektor der BOKU und bürgerlicher Grüner von Erhard Busek in die Wiener Politik geholt wurde, hatte ich konkrete Ziele: Demokratiereform, mehr direkte Demokratie, Umweltpolitik und „Wissenschaftsstadt Wien“, eine von mir geprägte Formel, die zum Programm der Bundeshauptstadt wurde "Das goldene Wiener Herz ist ein Klischee, das goldene Wiener Hirn Realität." Daraus kann man eine Weltanschauung machen.

Politik in Wien spielte sich so ab, wie ich es schon als Theoretiker "gewusst" hatte: Die ungeheure Dominanz der Verwaltung, die Hegemonie der SPÖ, der Bürgermeister als demoautoritärer Monarch, das war in der Praxis faszinierend, aber mühsam als Erfahrung in der Opposition, was immer "Mut zur Wiederholung" und manchmal eine "Melancholie der Vergeblichkeit" bedeutete. An das "Demütigungsritual" durch die Mehrheit gewöhnte ich mich bald und nahm es sportlich.

Überraschend aber war für mich, dass vieles im Alltag der Politik wie in der Schule war: Das Vorne und Hinten, das Oben und Unten, die Bank-Nachbarn, Brave und Schlimme, Buben und Mädchen, Schwänzen und Schwindeln... Ein alter Kollege sagte mit Recht: „Sie sind wie die Kinder.“

Wien ist die österreichische Stadt mit den meisten Parlamenten und Parlamentariern, aber man merkt es nicht. In den Medien kommen vor

allem Regierungsmitglieder zu Wort und ins Bild. Die gouvernementale Hegemonie bestimmt alle Ebenen und Bereiche. Österreich ist ein "Regierungsland". Diesbezüglich setzt sich, wie auch sonst in mancher Beziehung, die Monarchie in der Republik fort.

Die Opposition ist das Salz in der Suppe des Parlaments. Aber die Oppositionsrolle ist unbedankt und undankbar. Der deutsche Oppositionspolitiker und SPD-Führer Müntefering hat es pointiert formuliert: "Opposition ist Sch..." Ein Kollege stellte fest: "Als Opposition hast du wenig Information, wenig Geld, wenig Personal, wenige Rechte und wenige Freunde."

Als Opposition wird man zwar gehört und man kann sogar Anträge stellen. Wenn die Regierung sie nach einiger Zeit als eigene Initiativen ausgibt, kann man sagen: "Ein erster, ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung" oder nur: "ein erster Schritt." Man kann aber auch "erinnernd" zustimmen. Aber man kann kein Plagiat geltend machen. Die Opposition muss viel Mut haben, vor allem "Mut zur Wiederholung." Dieser Mut macht demütig. Aber Mut zur Wiederholung muss auch die Regierung haben. Denn die Wählerschaft ist vergesslich, ohne deshalb glücklich zu sein.

Die SPÖ übernahm viele Anregungen und Vorschläge in der Umweltpolitik, aber wenige in der Demokratiep Politik. Insbesondere die direkte Demokratie hatte wenig Chance. Zwar bestimmt Art 1 B-VG: "Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus." Aber damit steht das Repräsentativsystem nicht nur Wiens, sondern - von Ausnahmen abgesehen - ganz Österreichs in einem Widerspruch. Der Widerspruch wurde sukzessive gemindert und gemildert, er besteht aber trotzdem. Rechtsdogmatisch mag man den Widerspruch auflösen;

politisch löst er sich nicht auf. Das Volk ist die rechtsschaffende Autorität. Dieser Gedanke ist in Art 1 an die Spitze der Verfassung gestellt. Der Widerspruch des gesamten Repräsentativsystems zu Art 1 ist nicht immer bewusst, wird aber von Zeit zu Zeit bewusst und fördert und fordert politisches Konflikt- und Protestpotential. Der Widerspruch erzeugt Widerstand. Im Fall Hainburg wurde 1984 dieser "Widerstand in der rechtsstaatlichen Demokratie" praktiziert. In diesem Sinn wird Art 1 B-VG weiter wirken. „Wenn Recht Unrecht wird, wird Widerstand Pflicht“ wurde propagiert, praktiziert und tradiert.

"Österreich ist eine demokratische Republik. Ihr Recht geht vom Volk aus." Aber dem Recht geht das Volk aus. Denn über eine Million Menschen dürfen nicht wählen, weil sie Ausländer sind. Außerdem gehen immer weniger Wahlberechtigte zur Wahl. Die einen dürfen nicht, die anderen wollen nicht. Ergebnis: die demokratische Legitimation unserer Institutionen geht immer mehr zurück. Wo ist die Grenze? Wo ist das Ende? Das Repräsentativsystem selbst wird ohne direkte Demokratie und ohne Ausländerwahlrecht zum Problem.

Als Gemeinderat und Landtagsabgeordneter war ich Mitglied zweier Volksvertretungen, wobei die Sitzordnung im Saal auch im Buffet galt: Man saß, aß und trank „nach Fraktionen“.

Als ÖVPLer wurden wir intern mit Kollege bzw Kollegin angeschrieben, die Sozialisten mit Genosse bzw Genossin und die Freiheitlichen mit Kamerad bzw Kameradin.

Stadtrat Jörg Mauthe war ein idealistischer Melancholiker, der immer originell war. Den Politiker verstand er als Bruder, der helfen soll. Man soll

die Menschen einfach gern haben und auf sie zugehen, aus vielen Begegnungen soll Politik entstehen. Er war mein Mentor und klärte mich von vornherein über die totale Ritualisierung der Politik in Wien auf. Das galt auch für die politische Woche. Die ÖVP führte jeden Montagvormittag im Café Landtmann ihr Pressegespräch. Unsere Pressesprecherin, Barbara Stiglmayer fragte mich vorher im Club: „Haben'S was, Herr Professor?“. Bald hatte ich immer „was“, aber es war nicht immer das, was sie wollte. Der Bürgermeister hielt sein Pressefoyer immer am Dienstag ab. Von Ausnahmen abgesehen, ging das so, Jahr aus, Jahr ein. Jörg Mauthe sah den Gemeinderat als Schauplatz eines Leerrituals. Er führe ein einstudiertes Stück nur vor und für sich selbst auf und zwar immer wieder dasselbe Stück. Mauthe meinte, in der Politik könne nur mehr mit „Ja, aber“ entschieden werden. Alle Fragen seien komplex. Aber Politiker müssen auch simplifizieren und populistisch agieren.

Der berechenbaren Ritualisierung der offiziellen Politik steht die unberechenbare Realisierung der inoffiziellen gegenüber. Sie findet v.a. in privaten Gesprächen statt, zwischen Spitzen der Parteien, in den Verwaltungen, in der Wirtschaft, zwischen ihnen und den Medien. Der Zufall führt manchmal Regie.

Auf höheren Ebenen ist Macht oft nur Schein und Illusion. Macht lässt sich nicht ein für allemal lokalisieren. Die Politik des Als-Ob ist oft die einzig noch mögliche. Politiker tun auch oft so, als ob das, was sie tun, einen Sinn hat. Das Märchen von des Kaisers neuen Kleidern erlebte ich in unterschiedlichen Varianten, aber es fehlen oft Kinder, die sagen, dass er gar nichts an hat.

Manchmal kam ich mir vor wie Jonathan Swifts Gulliver in Brobdingnag und Liliput, also sehr klein und sehr groß. Der Kampf um kleinste Posten

ging mir schon in jungen Jahren in der Wiener Volkspartei auf die Nerven. Aber in der Mikropolitik geht es „um die Wurst“, um das, was die Beteiligten konkret angeht und betrifft.

Als Politiker kam ich viel herum und lernte mich in mehreren Gesellschaftsschichten zuhause zu fühlen. So bei vielen Ausländern in Wien, wobei ich schon früh für ein allgemeines Wahlrecht nach 3 Jahren Wohnsitz und Arbeit bzw für die Staatsbürgerschaft nach fünf Jahren eintrat. Aber meine Partei hatte noch andere Vorstellungen. Wir haben heute als ein sehr reiches Land 1 Million Arme. Und 1 Million Ausländer haben kein Wahlrecht! §16 ABGB: "Jeder Mensch hat angeborene, schon durch die Vernunft einleuchtende Rechte und ist daher als eine Person zu betrachten." Ist das Wahlrecht in einer Demokratie nicht ein Menschenrecht?

Ich diskutierte viel in akademischen und aristokratischen Kreisen und versuchte zur Mitarbeit zu motivieren. Warum sind so wenige Aristokraten in der Politik tätig? Sie hätten gute Voraussetzungen dafür.

Am Intensivsten war ich im "Umweltbereich" unterwegs. Ich habe mir eine Busek-Partei in den 80er-Jahren als "liberale Grüne" vorstellen können. Ich hatte viel Kontakt mit Bürgerinitiativen, mit "Betroffenen" und versuchte sie zu "Beteiligten" zu machen.

Mit Busek machte die Zusammenarbeit viel Spaß, die Tätigkeit war manchmal eine „Hetz“. Wir führten mit vielen Gruppen viele private Diskussionen, die als öffentliche Diskussionen hätten stattfinden sollen. Anhänger rufen da einem manchmal zu: „Tut´s nicht so viel streiten!“ Aber auch „Lasst´s Euch nicht so viel gefallen!“

Nach meiner Erfahrung haben wir eine gute private Gesprächskultur, aber keine gute politische Streitkultur. Im Privaten wird allerdings meist nicht das Große und Ganze besprochen, sondern das Kleine und Einzelne. Die große Sorge für das Gemeinwesen besteht weniger. Wir sind „Konkrete“, nicht „Abstrakte“, mehr single issue - als "res publica"-Demokraten. Privat geht es oft nicht darum, was man für das Wohl der Gemeinschaft machen kann, sondern darum, was und wen man ausrichten kann und wie man es sich ein-aus-und richten kann.

Unter dem Mangel der öffentlichen Diskussionskultur leidet der Parlamentarismus, der sich in Österreich in den rund 2.300 Volksvertretungen der Gemeinden und in den zehn Parlamenten auf Landes- und Bundesebene und jetzt auch im Europäischen Parlament abspielt. Alle Volksvertretungen erneuern sich periodisch und so kommt die vorwärts drängende Energie einer verjüngten Demokratie immer wieder zum Zuge. Das macht optimistisch: Die öffentliche Streitkultur und das öffentliche Gespräch werden sich neu entwickeln. Das Parlament wird pluralistischer und politischer. Damit wird auch das freie Mandat stärker.

8. Politikfelder und Privatleben

Wer in die Politik geht und Politik treibt, erstrebt Macht, Macht entweder als Mittel im Dienste anderer Ziele – ideeller und/oder materieller – und/oder Macht um ihrer selbst und um des Ego willen. Als Betrachter der Politik wundert man sich immer wieder, um wie wenig Macht der Kampf darum ausgetragen wird. Aber selbst bescheidene Positionen vermitteln ja erfahrungsgemäß Machtgefühl und Prestige.

Napoleon stellte anfangs des 19. Jahrhunderts fest: „Was will man jetzt mit dem Schicksal, die Politik ist das Schicksal.“ Heute würde er vielleicht sagen: „Was will man jetzt mit der Politik, die Ökonomie ist das Schicksal.“ Bill Clinton: „It´s the economy, stupid.“ Manche Politiker meinen, die Medien seien das Schicksal und manche Politikerleben scheinen das zu bestätigen.

Heute ist es schon längst nicht mehr der staatliche Bereich im weitesten Sinn, sondern es sind Bereiche der Finanz, der Wirtschaft und der Medien, in denen der Kampf um Macht sich am stärksten abspielt und die auf Junge eine höhere Attraktivität als die politischen Ämter im eigentlichen Sinn ausüben.

Die „Ökonomokratie“ hat ebenso ihre Politikfelder wie die „Mediokratie“. Die neuen Politikfelder sind für den „Machtnachwuchs“ aus mehreren Gründen attraktiver: Zunächst vermitteln sie mehr und bessere ökonomische Möglichkeiten und Aufstiege. Sie gewährleisten mehr Macht, mehr soziale Anerkennung und mehr Privatleben, was bei der Individualisierung der Gesellschaft bis zur Privatanarchie von besonderem Wert ist. Man wird nicht so kritisiert und „angeschüttet“ wie als Politiker.

Der Stellenwert des Staates, der der Wirtschaft, der Kultur und der Religion und die Abgrenzungen dieser Bereiche gehören zu den Grundproblemen der Politik. In den letzten Jahrzehnten scheint der „homo oeconomicus“ überbewertet worden zu sein, auch wenn manche ihn durch den „homo oeconomicus cultivatus“ ersetzen. Seit einiger Zeit geht es wieder in die Richtung von mehr Zentralgewalt. Vom Staat und der Politik werden alle Bereiche wieder abhängiger, ja geradezu

"staatbedürftig". In Österreich hat man die großen und kleinen Staatslösungen erwartet. Hier hat der Etatismus, von der Staatsspitze her gepflegt, eine lange Tradition und ließ einen Liberalismus nur zeitweise oder in bestimmten Rechtsvorstellungen hoch kommen. Da der Staat mit allen genannten Bereichen durch Recht verbunden ist, wird das Spiel mit dem Staat sogar von diesen Bereichen her vorangetrieben.

Politik ist ein Spiel, in dem es nicht immer ernst zugeht, das aber immer ernst ausgeht. "Spielertypen" gibt es auch hier. Sie suchen oft weniger Macht als den "Kick"! Ich habe einige Spieler in der Politik erlebt. Die Lust am Risiko war größer als die Lust am Erreichten. Und das Spiel musste weiter gehen.

Privatleben, Beziehungen, Ehe und Familie kommen in Webers Rede nicht vor. Meiner Erfahrung nach widerspiegelt aber dieser Bereich Gesellschaft und Politik besonders. Glückliche Ehen mit einer Partnerin oder einem Partner ein Leben lang sind auch in der Politik selten geworden. Partner und Kinder müssen auf vieles verzichten, worauf gerade sie ein Recht hätten. Politik ist totalitär, sie erfasst den ganzen Menschen. Sie lässt heute kein Privatleben mehr. Seelisch bleibt dann oft nur wenig übrig. Die Fiktion der „affaire privée“ ist nicht aufrecht zu erhalten. Es gibt keine Trennung von privatem und politischem Leben mehr.

Viele arrangieren sich im Privatleben, wobei Wissenschaft und Medien diese Arrangements noch kaum untersucht haben. In Österreich sind Massenmedien noch relativ diskret, was die intimen Eigenheiten und Beziehungen des politischen Personals betrifft. Aber das Establishment der Mediendemokratie weiß alles.

9. Zeitdilemma und Informationsbeschaffung

Alle, die heute in der Politik tätig sind, leiden unter Zeitmangel.

Die Frage der Informationsbeschaffung wird durch das Zeitdilemma zum Überlebensproblem. Als Politiker lernte ich, wie wichtig es ist, am Laufenden zu bleiben und die für mich wichtigen Kontakte und Gespräche am Laufen zu halten. Ich zog mich allzu gerne von Zeit zu Zeit zurück und entzog mich dem politischen Betrieb. Ein alter Kollege fragte mich dann regelmäßig: "Informierst du dich, kontrollierst du, auch dich, delegierst du, kommunizierst du?" Die Masse von Informationen trieb mich aber manchmal in die Isolation. Ich suchte Zeit durch Abstand.

Die Knappheit an Zeit macht vor allem Spitzenpolitiker von ihrer unmittelbaren Umgebung abhängig. Ob sie wollen oder nicht, arbeiten und leben sie meist in einem Sperrkreis. Sie erhalten ausgewählte Informationen und haben zu wenig Zeit für andere. In diesem besonderen Gefangenendilemma wollen die meisten nach einiger Zeit von ihrer Umgebung nur Gutes hören, was immer das meint. Daher werden ehrliche Außenstehende, auch Medien, als störend empfunden und oft nicht "vor" - und "ein" gelassen. Wenn manche den Bock zum Gärtner machen und ihre Kritiker zum Essen einladen, hilft das wenig, um aus dem Dilemma zu kommen. Aber die Kritiker freut es.

Aller Anfang ist schwer, so sagt man; in der Politik ist der Anfang leicht, das Weitermachen wird immer schwerer. Fehler stellen sich weniger von vornherein, sondern eher nach und nach ein, und nach einigen Jahren an der Macht sind Führende von der Wahrheit ungern ansprechbar. Die unmittelbare Umgebung, die Tag aus, Tag ein, mit einem zusammenarbeitet, kann manches vielleicht im Kleinen kritisch sagen,

aber sie will einen meistens „schützen“, weil sie einen meist schätzt und weil sie ja von einem abhängig ist. Daher muss man sich ständig in den Spiegel schauen (können) und periodisch Gerichtstag halten über sich selbst. Aber wer erträgt einen redenden Spiegel? Ingeborg Bachmann sagte uns: " Die Wahrheit ist den Menschen zumutbar!" "Die Wahrheit ist mir zumutbar!" sollte Maxime für Politiker sein! Warum bleibt man in der Politik, obwohl es schwerer wird?

Ohne Rat und personenbezogene Öffentlichkeitsarbeit kommt kein Spitzenpolitiker aus. Das war immer so. Rat und Beratung haben in der Politik Tradition. „Der Zugang zum Machthaber ist der Zugang zur Macht“ der Essay des deutschen Staatsrechtslehrers Carl Schmitt ist ein Bonmot geworden. Der deutsche Politologe Wilhelm Hennis hat „Rat und Beratung“ in ihrer ubiquitären Bedeutung für die moderne Gesellschaft besonders bewusst gemacht.⁶⁾

Vorbereitung und Vorberatung von Entscheidungen verlangen mehr und mehr Sachverstand. Die Verhältnisse sind komplexer, interdependenter und beschleunigter geworden. Heute sind bei der Erstellung von Programmen und Konzepten und bei der Aus- und Durchführung der Entscheidungen Scharen von Experten und Spezialisten beteiligt. Daher sollen politische Akteure vor allem Generalisten sein, Überblick haben, komplexe Schau, "auswählen" und „veranlassen“ können.

Der erste Herausgeber von Gratians „Handorakel“ schrieb im Vorwort: „noch keiner hat jemals zu viel gewusst.“ Zur „Kunst der Weltklugheit“ gehört das lebenslange Lernen, so unangenehm das für ein Ego sein

⁶⁾ Hennis, Wilhelm: Rat und Beratung im modernen Staat. In: Politik als praktische Wissenschaft, München 1968, S. 65-80.

mag. Politisch lernt man nie aus. Die Schweizer Politikerin Christine Bürgener formulierte es kurz und gut: "Politik ist Weiterbildung zum Nulltarif." Aber das hängt vom Politiker ab.

"Spin-Doctors" gab es dem Namen nach in der Zeit Max Webers nicht, wohl aber der Sache nach. Schon immer vermittelten Berater die Dinge mit einem richtigen Dreh, „spin“, der Öffentlichkeit. Früher waren es Beamte oder Parteiangestellte, die ihre Chefs berieten, veröffentlichten, entwickelten, mit bestimmten Zielen inszenierten und verkauften. Während diese Arbeit eher im Geheimen erfolgte, sind die heutigen Akteure zumindest den Massenmedien bekannt, mit denen sie oft in einem ständigen Interaktionsverhältnis stehen. Als Berater soll man achten, Ratgeber "und nicht Ratschläger" zu sein.

10. Mediendemokratie - "instant democracy"

Der Politologe Fritz Plasser hat die politische Entwicklung Österreichs von einer tief verwurzelten Parteiendemokratie zu einer unsteten, wechsellvollen und stimmungsabhängigen Mediendemokratie schon vor Jahrzehnten erkannt. Medien und nicht Universitäten sind zur „vierten Gewalt“ geworden. Sie üben in einer freien Gesellschaft ein „Wächteramt“ aus und sollen Missstände in Staat und Gesellschaft aufspüren und veröffentlichen.

Die alte Frage „Quis custodiet custodes“ – „Wer wird die Wächter bewachen?“ ist nicht mehr lokalisierbar, aber die Medien gehören zu den Wächtern und haben ein diesbezügliches Selbstverständnis entwickelt.

"Wissen ist Macht." Warum sind die „Stätten des Wissens“ keine der Macht? Bei der Bedeutung von Wissenschaft und Forschung für die Gesellschaft ist es verwunderlich, wie wenig Universitäten am politischen Prozess teilnehmen. Auch als „Wächter“ treten sie wenig in Erscheinung. Warum brauchen Politiker weder vor den Lehrenden noch vor den Lernenden „Angst“ zu haben? Wohl aber vor den Medien. Universitäten „veröffentlichen“ sich zu wenig. Sie sind zu wenig „öffentlich“. Sie sind nicht „partes rei publicae“, sondern „Experten“. Die Universitäten sind in der Republik noch nicht angekommen. Nur wenige und einzelne Professoren sind "Medienprofessoren". Kontakt- und Pflegeleichte sind gefragt. Die Medien sind zur vierten Gewalt geworden. Werden die Universitäten jemals zur „fünften Gewalt“ werden?

Die erhöhte Beschleunigung und Komplexität der Politik haben auch hierzulande zu einer „instant-democracy“ und „Boulevarddemokratie“ geführt. Politologen sprechen schon von "Postdemokratie." Aber Demokratie war und ist immer auch der Ausdruck der jeweiligen gesellschaftlichen Entwicklungen und Verhältnisse. Sie ist immer im Wandel. Bald kommt die "Post-Postdemokratie". Und die Parteienherrschaft besteht bei uns noch immer, auch wenn die Hauptparteien kleiner geworden sind. Sie haben vielleicht weniger Willen zur Macht, aber sicher den Willen an der Macht.

Was und wie heute Politik in einer Demokratie ist, zeigt die dänische Fernsehserie „Borgen“. Sie führt den Alltag einer Spitzenpolitikerin des heutigen Dänemark mit den Spannungen im Privat- und Berufsleben, in Medien und Politik, von Grundsätzen und Kompromissnotwendigkeiten so authentisch vor Augen, dass sie in die politische Bildung gehört. Wenn

man die Serie gesehen hat, weiß man, was und wie Politik heute in der Praxis ist.

Anhand von Themen wie Immigrationspolitik, Sozialpolitik, Frauenquote, Stellung des Landes in der Welt und in Europa, wird dargestellt, wie Menschen durch Politik verändert werden und dadurch auch andere verändern. Als Österreicher kommt mir in der Serie Ritual und Mühsal der Politik zu kurz. Politik in ihrer Langeweile wird offenbar aus Zeitstrategie nicht gezeigt: Eine Serie muss ja spannend sein. Die österreichische Politik ist im Allgemeinen langweilig, obwohl auch hier die Akteure durchaus „actors“, also Schauspieler, sind. Es wird zwar immer gewählt. Aber es gibt zu viel Wiederholung und Wiederkehr des und der Gleichen. Medienzampanos wie Kreisky sind selten.

Die Politisierung aller Bereiche hat dazu geführt, dass Macht nicht lokalisierbar ist, sondern prozesshaft sich wandelt. Die herkömmlichen politischen Institutionen und Kräfte werden unterschiedlich von Macht entkernt. Es gibt aber neue Orte des Politischen wie Geheimdienste, Nachrichten- und Datendienste, Wirtschaftsunternehmen, Massenmedien, Wissenschaftsstätten, in denen oft mehr und wichtigeres „entschieden“ wird, als in Regierungen und Parlamenten.

Der ungeheure Auf- und Ausbau der Geheimdienste hat fast alles zum "NSA-Fall" werden lassen. Weil die National Security Agency Billionen von Daten zu lagern hat, muss sie ständig wach sein und steuern. Dabei wird die Auswertung der zunehmenden Datenmenge immer schwieriger. Auch das ist Politik. Wenn man immer schwieriger etwas findet, können mehr und mehr Missbräuche geschehen. Glenn Greenwald's Buch "Die globale Überwachung" setzt auf aufgeklärte Menschen, die sich selbst schützen. Die Zukunft ist ungewiss, Skepsis angebracht. Die Snowden-Affäre hat bewusst gemacht, wie der Universalstaat wächst. "Die

offensichtliche Sorglosigkeit im Umgang mit persönlichen Daten deutet darauf hin, dass die Annehmlichkeiten der modernen Kommunikationsmittel immer noch stärker gewichtet werden als der Schutz dieser Daten. Schließlich ist es keineswegs so, dass nur die Geheimdienste demokratischer Staaten an diesen Daten interessiert sind." (NZZ Nr 129/2014)

11. Starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich

Es ist bemerkenswert, wie Weber „Politik als Beruf“ abschließt: „Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist ja durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen wurde. Aber der, der das tun kann, muss ein Führer, aber nicht nur das, sondern auch in einem sehr schlichten Wortsinn – ein Held sein. Und auch die, welche beides nicht sind, müssen sich wappnen mit jener Festigkeit des Herzens, die auch dem Scheitern aller Hoffnung gewachsen ist, jetzt schon, sonst werden sie nicht im Stande sein, auch nur durchzusetzen, was heute möglich ist. Nur wer sicher ist, dass er daran nicht zerbricht, wenn die Welt von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, dass er all dem gegenüber „dennoch!“ zu sagen vermag, nur der hat den Beruf "zur Politik".⁷⁾

Mit Leidenschaft ist Hingabe an die Aufgabe gemeint. Verantwortung betrifft auch das Formulieren und Augenmaß bezieht sich auf das Hirn,

⁷⁾ Weber, Max a.a.O, S. 250.

mit dem Politik gemacht wird. Der Schweizer Politikdenker Riklin stellt die Frage: "Sollte man nicht eine vierte Eigenschaft hinzufügen? - Wahrhaftigkeit?" Das mag idealistisch klingen. Aber unsere Zeit braucht gerade Wahrhaftigkeit. Der heute dezentralisiert und zum Teil kalt sich abspielende "dritte Weltkrieg" ist ein riesiger Informationskrieg. In diesem Krieg wird von allen Seiten gelogen. Wahrheit ist zum Glücksfall geworden.

Manche brauchen einen Feind "zur Politik" und suchen ihn. Er soll ja einig und mobil machen.

Carl Schmitt hat unter „dem Politischen“ geradezu „die Unterscheidung von Freund und Feind“ hervorgehoben und damit den äußersten Intensitätsgrad einer Verbindung oder Trennung, einer Assoziation oder Dissoziation bezeichnet. Seine Formel erinnert an Carl von Clausewitz: „Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln.“ Aber Clausewitz hat den Primat der Politik immer und überall postuliert, auch im Krieg.

Meine Jugend war erfüllt vom Ziel: " Nie wieder Krieg!" Heute ist Krieg als Mittel der Politik grundsätzlich vom Völkerrecht verboten (Art 2 Z 4 Charta der Vereinten Nationen). Nach dem Völkergewohnheitsrecht gilt dies über die Mitgliedschaft in der UNO hinaus. Jedem Staat ist ein Angriffskrieg verboten. Aber es ist Krieg: Dauernd im Nahen Osten, dauernd durch Terroristen und von Zeit zu Zeit auch in Europa. Vielfach ist Bürgerkrieg, und das ist eine innere Angelegenheit. Hier versagt das Völkerrecht weitgehend. Innere Angelegenheiten sind im Großen und Ganzen dem jeweiligen Staat vorbehalten. Es gibt Ausnahmen. Beim weltweiten Informationskrieg versagt das Völkerrecht überhaupt.

Die USA haben mit ihrem Streben nach Hegemonie mehrere Wege gefunden, um Feinde zu finden und weltweit präsent zu sein. Ihr militärisches Übergewicht macht ganze Kontinente von ihnen abhängig. Meines Erachtens bedeutet Schmitts Formel in der Konsequenz Krieg und damit das Ende der Politik, wie ich sie verstehe. Politik ist dann überhaupt spezifischer oder sublimierter Krieg und nicht offene Begegnung und Gespräch. Geschichte und Gegenwart bieten dafür Anschauungsmaterial. Für mich ist Politik ein Prozess des Miteinanderredens und Aufeinanderhörens ohne Anfang und Ende, der in die Geschichte verwoben ist als Auseinandersetzung um Macht und Sorge um das „Richtige“. Politik ist Polylog und Dialog. Der Weltgesellschaft muss es bewusst werden: "Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Frieden." Sternbergers Formel ist die einzige Lösung, soll die einzige Lösung sein. Konflikte können nicht ausgeschlossen, verhindert oder abgeschafft werden. Aber sie können durch Gespräch, Verständigung und Vereinbarung geregelt oder wenigstens vermindert oder erträglicher werden. Indem wir für Politik als Gespräch arbeiten, können wir der Geschichte einen Sinn geben.

Lange vor „1984“ und „Brave new world“, die vielfach schon im 20. Jahrhundert zu einer Einheit verwachsen sind, war Max Weber liberal für die Zukunft engagiert. Auch in der EU und in allen ihren Mitgliedstaaten gilt es, den bürokratischen Zentralismus zu bekämpfen und an der „Durchdringung der Massen“ mit dem alten individualistischen Grundgedanken der „unveräußerlichen Menschenrechte“ zu arbeiten. Alle wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Wetterzeichen weisen, um Max Weber zu zitieren, nach der „Richtung zunehmender Unfreiheit“. Wir erleben es tagtäglich. Die neue Unfreiheit muss bewusst werden.